Prüffall Demokratie

Kommunikationsstrategie
gegen die Prüffall-Entscheidung
des Bundesamtes für Verfassungsschutz

+++ vertraulich +++

Prüffall AfD

- Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat am 15. Januar 2019 öffentlich erklärt, die AfD wegen möglicher Bestrebungen gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung als „Prüffall“ einzustufen.
- Das BfV beruft sich dabei auf ein eigenes Gutachten, das zwar den Medien zugespielt, aber der AfD verwehrt wurde.
- Ziel dieser Kommunikationsstrategie ist es, den Vorwurf der angeblichen Verfassungsfeindlichkeit zu entkräften und die Prüffall-Entscheidung des BfV als politische Entscheidung darzustellen, die nur ein Ziel hat:

  Deutschlands wichtigste Oppositionspartei soll mundtot gemacht werden.

Ziele der Kampagne des BfV

- Schwächung: Über das Stigma „Prüffall“ will das BfV suggerieren, die AfD sei verfassungsfeindlich. Dies hätte für die AfD negative Auswirkungen in Bezug auf
  - Mitglieder (gerade Angehörige des Öffentlichen Dienstes und der Bundeswehr werden unter Druck gesetzt, die Partei zu verlassen)
  - Wähler
  - Unterstützer
- Spaltung: Durch die Einstufung von *Junge Alternative* und *Der Flügel* als Verdachtsfall versucht das BfV eine Spaltung der altparteikritischen Bürgerinnen und Bürger zu erreichen, um damit die Opposition zu schwächen.

Taktische Ziele des BfV

- Die AfD ist derzeit in allen Parlamenten vertreten. In 2019 finden eine Reihe von Wahlen statt. Herbe Verluste für die AfD oder gar ein Ausscheiden aus einem Parlament würden die Altparteien als angeblichen „Sieg der Demokratie“ feiern und als „Anfang vom Ende der AfD“ darstellen.
- Zu erwarten ist deshalb, dass das BfV gezielt zeitlich und örtliche Schwerpunkte setzt.
- Ein erstes Zeichen ist die Einstufung von „Der Flügel“ als „Verdachtsfall“. „Der Flügel“ hat gerade in den neuen Bundesländern viele Anhänger und hier finden in 2019 gleich drei Landtagswahlen statt.

Wahlen in 2019

- 26. Mai 2019: Europawahl. Letzte Umfrage vom 2.2.2019. CDU/CSU 30 %, SPD 15 %, Grüne 17 %, AfD 12 %, FDP 8, % Linke 8 %

- 26. Mai 2019: Bremen. Letzte Umfrage vom 1. Mai 2018. Nach einer Abspaltung verfügt die AfD nur noch über einen Vertreter in der Bürgerschaft, der außerdem nicht mehr antritt. Bei der letzten Wahl erreichte die AfD nur 5,5 Prozent. Die Altparteien werden alle Anstrengungen unternehmen, um die AfD unter die 5 Prozent-Hürde zu drücken. Dies hätte möglicherweise auch Auswirkungen auf die weiteren Wahlen, da viele Wähler „Sieger“ wählen.

- 1. September: Brandenburg. Letzte Umfrage vom 1. Januar 2019. AfD 20 %, SPD %, CDU 19 %, Linke 17 %

- 1. September: Sachsen. Letzte Umfrage vom 23. November 2018: 24 % AfD, zweitstärkste Kraft hinter der CDU (29 %).

- 27. Oktober. Thüringen. Letzte Umfrage vom 28. August 2018. CDU 30 %, AfD 23 %, Linke 22 %

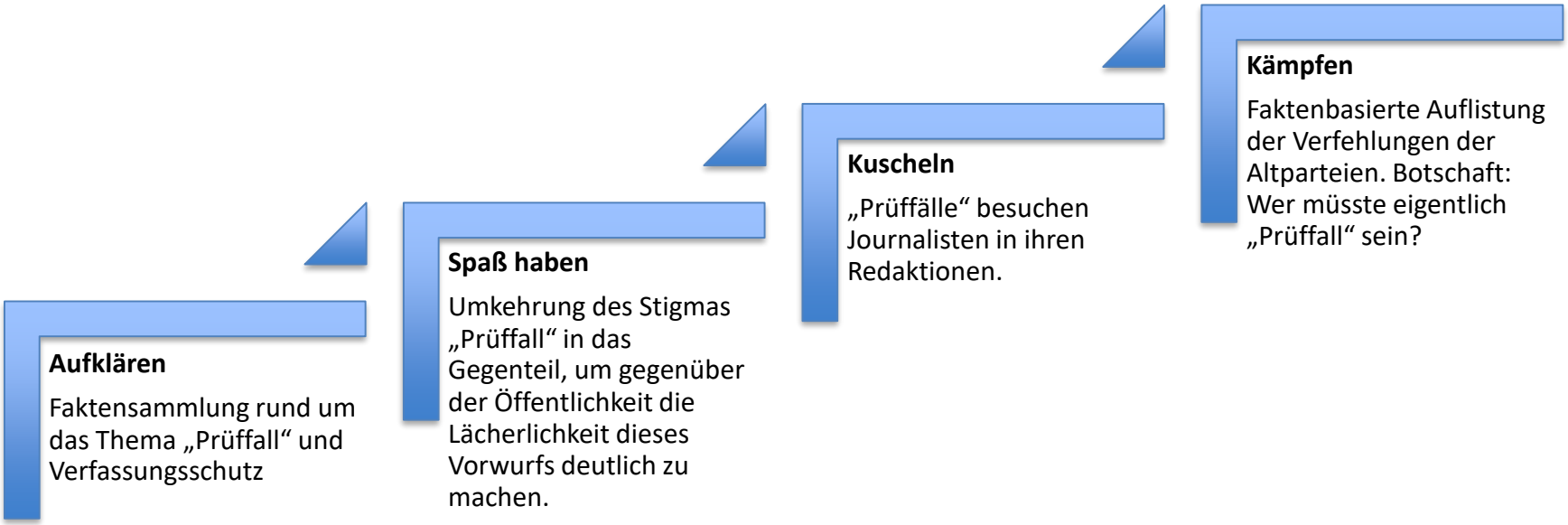
+++ vertraulich +++

Botschaft

Versuche von interessierter Seite,
die AfD als
wichtigste Oppositionspartei
mundtot zu machen, sind
ein Angriff auf die Grundrechte
aller Bürgerinnen und Bürger.
Diesem gilt es im Sinne des
Grundgesetzes Einhalt zu bieten.

+++ vertraulich +++

Vier Schritte-Strategie



+++ vertraulich +++

I. Aufklären

Die Kampagne des BfV ist ein Angriff auf alle Bürgerinnen und Bürger und deren demokratische Grundrechte. Dies gilt es sachlich und kompetent darzustellen.

Unsere Maßnahmen:

- Identifizierung der Journalisten, die sich mit dem Thema befassen. Sie werden von uns umfassend gebrieft.
- Anlassbezogene Pressemitteilungen
- Inhaltlicher Aufbau einer Webseite mit allen Fakten rund um den Prüffall.
- Web-Kampagne „Prüffall Demokratie“, um die Haltlosigkeit des Vorwurfs zu zeigen und auf die Webseite aufmerksam zu machen.
- Aufbau einer Pressemappe mit allen Fakten rund um den Prüffall, die an die Redaktionen geschickt wird.
- Positionierung von neutralen Voices of Authority in den Medien (z.B. Einschätzung von Rechtsexperten, die den Verfassungsschutz kritisieren, etc)

Aufklären: Prüffall Demokratie

Webkampagne:

Prüffall Demokratie: Was man heute nicht mehr sagen darf

Aus dem BfV-Gutachten werden angebliche Belege für die Prüffall-Entscheidung öffentlich gemacht und über Facebook gepostet. Durch die Veröffentlichung dieser „Belege“ machen wir deutlich, dass es sich mit der Prüffall-Entscheidung um eine rein politische Kampagne handelt, um die einzig wirkliche Opposition in Deutschland mundtot zu machen.

Ziel der Kampagne „Prüffall Demokratie“ ist es, die breite Öffentlichkeit darüber aufzuklären, dass die angeblichen Belege des Verfassungsschutzes nicht nur hanebüchend sind, sondern der Verfassungsschutz damit einen generellen Angriff auf die Meinungsfreiheit begründet – was im Erfolgsfall Auswirkungen für alle Bürgerinnen und Bürger haben wird, weil man dann das, was viele Menschen fühlen und denken, nicht mehr sagen darf. Die Kampagne des Verfassungsschutzes wird damit zum **Prüffall für unsere Demokratie**.

Prüffall Demokratie: Beispiel-Post

Prüffall Demokratie: Was man heute nicht mehr sagen darf!

„Wir lieben nicht die Verfassung. Wir lieben unser Volk. Aber wir wissen, dass die Verfassung richtig und nützlich ist und wir stehen für sie ein. Sie ist ein Kleid, das man verändern kann. Identität, Nationales, Kultur kann man nicht verändern. Sie ist uns angeboren und sie ist etwas, was wir alle zum Leben brauchen.“

Das Bundesamt für Verfassungsschutz wertet dieses Zitat allen Ernstes als möglichen Verstoß gegen die Menschenwürde und als möglichen Beleg einer völkisch-nationalistischen Einstellung ...

Prüffall Demokratie: Beispiel-Post

Prüffall Demokratie: Was man heute nicht mehr sagen darf!

„Wir wollen den Rechtsstaat stärken und dem Recht wieder zur Durchsetzung verhelfen. Erstens müssen sich die Bürger auf das Recht und ihr Recht verlassen können. Zweitens müssen sich die Organe und Institutionen des Staats wieder an das Recht halten. Vor einem Staat, der das Recht mit Füßen tritt, sind auch die Bürger nicht sicher. Die Einhaltung des Rechts ist die Grundvoraussetzung für die Gewährleistung der Inneren Sicherheit. Sie ist eine Kernaufgabe unseres Staates. Sie garantiert ein friedliches Zusammenleben der Menschen in einer offenen und freien Gesellschaft, unabhängig von ihrer Herkunft und Religion. Sie ist Voraussetzung für unsere Freiheit, für Wohlstand und Demokratie.“

Das Bundesamt für Verfassungsschutz wertet dieses Zitat allen Ernstes als möglichen Beleg „Rechtstaatsprinzip“ ...

II. Spaß haben

Mit dem Stigma „Prüffall“ soll der AfD als Ganzes geschadet werden. Nach dem Vorbild „Made in Germany“[1] drehen wir den Spieß um.

Wir zeigen hochrangige AfD-Vertreter und kommunizieren deren Lebensleistungen.

Damit erreichen wir zweierlei.

- Entdämonisierung des Begriffs „Prüffall“
- Aufzeigen, welche Kompetenz die AfD in Reihen hat.

(1 – Ende des 19. Jh. wurde in Großbritannien die Bezeichnung „Made in Germany“ auf deutsche Produkte eingeführt, um die Waren als „billig“ und „minderwertig“ zu stigmatisieren, da dies aber nicht den Tatsachen entsprach, wandelte sich das Label „Made in Germany“ in der öffentlichen Wahrnehmung schnell zum Zeichen von Qualität um.)

Hinweis: Ich bin ein Prüffall

- Die folgenden Seiten sind nur Beispiele und noch nicht im AfD-Layout gestaltet. Sie dienen als inhaltliche Vorlage für Facebook-Posts, Plakate und Pressemitteilungen.

„Ich bin ein Prüffall!?“



Dr. Alexander Gauland

- Flucht aus der DDR
- Jurastudium in Marburg und Gießen
- Promotion zum Dr. jur.
- Staatssekretär und Chef der Hessischen Staatskanzlei
- Herausgeber der Märkischen Allgemeinen
- Gründungsmitglied im Stiftungsrat des Jüdischen Museums Berlin
- Verwaltungsrat des Deutschlandfunks
- Aufsichtsrat der Wirtschaftsförderung Hessen Investitionsbank AG
- Gastgeber des Politischen Salons der Friedrich-Ebert-Stiftung
- Co-Bundessprecher der AfD und Co-Vorsitzender der AfD-Bundestagsfraktion

„Ich bin ein Prüffall!?“



Dr. Alice Weidel

- Studium der Volks- und Betriebswirtschaftslehre an der Universität Bayreuth
- Studiumsabschluss als einer der Jahrgangsbesten
- Promotions-Stipendiatin der Konrad-Adenauer-Stiftung
- Promotion mit Abschluss summa cum laude
- Forschungsaufenthalt in China
- Stipendium des Deutschen Akademischen Austauschdienstes und des Bundesbildungsministeriums
- Unternehmensberaterin
- Co-Vorsitzender der AfD-Bundestagsfraktion

+++ vertraulich +++

„Ich bin ein Prüffall!?“



Prof. Dr. Jörg Meuthen

- Studium der Volkswirtschaftslehre in Münster und Mainz
- Promotion an der Universität zu Köln
- Referent im Hessischen Ministerium der Finanzen
- Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule für öffentliche Verwaltung in Kehl
- Lehraufträge an den Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien in Karlsruhe und Offenburg
- Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der EFDD im Europa-Parlament
- Co-Bundessprecher der AfD

+++ vertraulich +++

„Ich bin ein Prüffall!?“



Frank Magnitz

- Banklehre mit Abschluss Bankkaufmann
- Studium mit Abschluss Diplom-Pädagoge
- Unternehmer, davor Öffentlicher Dienst in der Sozialbehörde
- Vater von sechs Kindern, Ehefrau hat türkische Wurzeln
- Sprecher des Landesverbandes der AfD Bremen
- Mitglied des Deutschen Bundestages
- Frank Magnitz wurde am 7. Januar 2019 von Unbekannten mitten in Bremen zusammengeschlagen. Die Täter sind weiterhin auf freiem Fuß.

(als Teil der Kampagne im Vorfeld der Bremer Bürgerschaftswahlen)

Die Saat des Zweifels

Alle vorgestellten „Prüffälle“ waren hochgeschätzte Persönlichkeiten – bis zu deren Engagement für die AfD.

Mit dieser Kampagne säen wir bei den Bürgern die Saat des Zweifels.

Haben sich diese Persönlichkeiten wirklich alle mit ihrem Engagement für die AfD radikalisiert, wie der Verfassungsschutz uns glauben machen will?

Oder werden diese Politiker nur als „Prüffälle“ stigmatisiert, um Deutschlands wichtigste Opposition zu schwächen, damit sich die Altparteien ihre Pfründe sichern können?

III. Kuscheln

Die sogenannten Leitmedien berichten in der Regel negativ über die AfD und deren hochrangige Vertreter. Diese Tonalität bei den großen politischen Themen wird weitgehend von den anderen Medien übernommen.

Auf diese überregionale Anti-AfD-Propaganda antworten wir mit einer Vielzahl von regionalen Kampagnen und regionalen AfD-Vertretern.

Lokale „Prüffälle“ besuchen Medien

Ist der in der Gemeinde gut verankerte und geschätzte Handwerksmeister, der seit Jahren viele Azubis ausbildet und in zahlreichen Vereinen engagiert ist, plötzlich ein Verfassungsfeind, nur weil er die AfD unterstützt?

Unser Ansatz: Wir suchen lokale AfD-Vertreter, die in das obige Raster passen, organisieren für sie in der jeweiligen Lokalredaktion einen Redaktionsbesuch und begleiten sie dabei.

Ziel ist es – ob im (autorisierten) Interview oder im Hintergrundgespräch – das Stigma „Prüffall“ zu entdämonisieren und gleichzeitig dem jeweiligen AfD-Vertreter Gehör in der Lokalredaktion zu verschaffen. Schwerpunkte sind die Wahlländer Bremen, Brandenburg, Thüringen und Sachsen.

Wir werten jeden Redaktionsbesuch aus, um daraus Handlungsempfehlungen für weitere Redaktionsbesuche zu machen. Ziel ist es, möglich bundesweit in den Lokalredaktionen eine zumindest neutrale Berichterstattung über das Thema „Prüffall“ zu generieren.

IV. Kämpfen

Zitate und Handlungen von AfD-Politikern werden häufig aus dem Zusammenhang gerissen und einseitig sowie wiederholt in den Medien dargestellt.

Über kritikwürdiges Verhalten von Politikern anderer Parteien wird meist – wenn überhaupt – nur kurz berichtet.

Unser Ansatz: Wir recherchieren und dokumentieren Verfehlungen der Altparteien, um der AfD in der politischen Prüffall-Debatte unbestreitbare Argumente an die Hand zu geben.

Ziel ist es gegenüber der Öffentlichkeit deutlich zu machen, dass die Medien, die Altparteien und der Verfassungsschutz mit zweierlei Maß messen.

Beispiele von Themenfeldern

SPD, Grüne und Linke: Verbindung zur Antifa und damit zum Linksterrorismus

Grüne: Pädophälie, Drogen, etc.

CDU, CSU, FDP: Verwendung von Nazi-Symbolen

Altparteien: Parteispenden und andere Skandale

Altparteien: Aufrufe zu Gewalt und dergleichen („Aber ab morgen kriegen sie in die Fresse.“)

Beispiel: Schüler Union Berlin (CDU)

2005: Mitglieder der Berliner Schüler-Union. Beim Sightseeing in der lettischen Hauptstadt kauft einer von ihnen auf einem Markt ein Hakenkreuz-Abzeichen. Am Abend wird es ein wichtiges Requisit in einem Video, das die jungen Männer drehen und in dem jede Menge Nazi-Sprüche fallen.

Quelle: https://www.bz-berlin.de/berlin/junge-union-die-nazi-party-und-die-viel-zu-spaete-reue

► **Lukas Krieger**, damals 18 und Kreischef der Schüler-Union in Steglitz-Zehlendorf, erklärt nach einem Tag Bedenkzeit seinen Austritt. Er spricht in dem Video davon, dass man gegen den „jüdischen Bolschewismus“ vorgehen müsse.
10/2013 - 10/2017: wissenschaftlicher Mitarbeiter von Dr. Martin Pätzold, Mitglied des Deutschen Bundestages
11/2012 – 10/2013 Persönlicher Referent von Stefan Evers, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU Fraktion
Wiedereintritt in die CDU, 2016 CDU-Direktkandidat für die Berliner Abgeordnetenhauswahl

► **Christoph Brzezinski**, damals 18 und Kreischef der Schüler-Union Charlottenburg-Wilmersdorf, filmt den Abend, nennt den Hakenkreuz-Anstecker „Ehrennadel“. Er strengt ein Parteiordnungsverfahren gegen sich an. Die Folge nach einem Jahr: rückwirkend zwei Jahre Ämterverzicht. Heute ist CB Landesvorsitzender der Jungen Union Berlin.

► **Danny Freymark**, damals 22 und JU-Chef von Lichtenberg, tritt aus der CDU aus. Wiedereintritt . Seit 2011 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses.

Die Altparteien und die NSDAP

Über vierhundert NSDAP-Mitglieder haben ab 1949 in der Bundesrepublik Deutschland in der CDU/CSU, der SPD, der FDP und den Grünen Karriere bis zum Bundeskanzler und Bundespräsidenten gemacht.

Diese braune Vergangenheit ist von den Altparteien bislang noch nicht aufgearbeitet worden.

Im Gegenteil: Diese Politiker werden auch nach ihrem Tod in den eigenen Reihen hoch verehrt.

Unsere Leistung: Wir dokumentieren diese historischen Tatsachen, damit AfD-Politiker die Möglichkeit haben, anlassbezogen zu kontern.

Beispiel I

Name	NSDAP	Partei	Amt
Bismarck, Otto von (1897–1975)	1933–1945	CDU ab 1946	Mitglied des Deutschen Bundestages
Carstens, Karl (1914–1992)	Ab 1933 SA, 1940–1945 auch NSDAP	CDU ab 1953	Präsident des Deutschen Bundestages 1976–1979,
			Deutscher Bundespräsident
Ehmke, Horst (1927–2017)	1944–1945	SPD ab 1947	SPD Parteivorstand 1973–1991
			Bundesminister der Justiz
			Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes
			Bundesminister für Forschung und Technologie
			Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen

Beispiel II

Name	NSDAP	Partei	Amt
Ertl, Josef (1925–2000)	ab 1943	FDP	1961–1987 Mitglied des Deutschen Bundestages, 1969–1983 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.
Genscher, Hans-Dietrich (1927–2016)	1945	LDPD 1946–1952, ab 1952 FDP	1965–1998 Mitglied des Deutschen Bundestages, Bundesaußenminister (1974–1992)
Kiep, Walther Leisler (1926–2016)	1944–1945	CDU	1965–1976 Mitglied des Deutschen Bundestages, Bundesschatzmeister der CDU (1971–1992)
Kiesinger, Kurt Georg (1904-1988)	1933–1945	CDU ab 1946	1958-1966 Ministerpräsident von Baden-Württemberg, 1966–1969 deutscher Bundeskanzler

Beispiel III

Name	NSDAP	Partei	Amt
Scheel, Walter (1919–2016)	1941–1945	FDP ab 1946	1974–1979 deutscher Bundespräsident
Stücklen, Richard (1916–2002)	1939–1945	CSU	1949–1990 Mitglied des Deutschen Bundestages
			Bundestagspräsident (1979–1983)
			Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen (1957–1969)
			1949–1990 Mitglied des Deutschen Bundestages
Vogel, Werner	1938–1945	DIE GRÜNEN	1983 gewählter Bundestagsabgeordneter (vor Konstituierung des Bundestages Mandat niedergelegt)

Kontakt

Ulrich Novak
COSCO media & Partner
+ 49 175 4149606
+ 43 677 61350572
unovak@coscomedia.de